



## Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis`90/ Die Grünen und FDP  
zu „Missstände in der Paketbranche beseitigen“ (Drs. 19/1444)

### **Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Missständen schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass unter anderem gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für alle Bereiche die Grundlage für unsere soziale Marktwirtschaft sind. In unterschiedlichen Branchen sind in den letzten Jahren massive Missstände aufgedeckt worden.

Verstößen gegen das Mindestlohngesetz, der rechtswidrigen Ausnutzung von Scheinselbstständigkeiten oder der Schwarzarbeit ist entschieden entgegenzutreten.

Der Arbeitnehmerschutz wird in unserem Land durch eine Vielzahl von gesetzlichen Regelungen gewährleistet. Sollten gesetzliche Lücken identifiziert werden, müssen diese geschlossen werden. Verstöße sind konsequent zu verfolgen und zu ahnden. Um Recht und Gesetz hier durchzusetzen, brauchen wir den Anforderungen entsprechend personell sowie sachlich ausgestattete Behörden, damit Missstände schneller und umfassender aufgedeckt und bekämpft werden können.

Begründung:

Nicht nur bei Paketdiensten, die oftmals als Sinnbild des Niedriglohnsektors dienen müssen, werden Mindestlohn- sowie Sozialstandards und somit geltendes Recht verletzt. Es existieren hierbei klare Vorschriften wie das Mindestlohngesetz, das Arbeitszeitgesetz oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung. Die Einhaltung dieser Gesetze muss weiter durchgesetzt werden. Bei

Mindestlohnunterschreitung sind Bußgelder bis zu 500.000 Euro zulässig. Bevor neue Gesetze geschaffen werden, gilt es bestehendes Recht auszuschöpfen.

Lukas Kilian  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Kay Richert  
und Fraktion